NACHRICHTEN
Österreich

Familiennachzug: Scharfe Kritik an Bundesregierung in Wien!

Artikel diskutiert die umstrittene Aussetzung des Familiennachzugs in Österreich, die Kinder und Frauen besonders betrifft.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Der Beschluss der österreichischen Bundesregierung, den Familiennachzug für schutzberechtigte Personen auszusetzen, stößt auf heftige Kritik. Judith Pühringer, Spitzenkandidatin der Wiener Grünen, bezeichnet diese Maßnahme als „Bankrotterklärung auf allen Ebenen“. Laut Pühringer betrifft das Vorhaben vor allem Frauen und Kinder, da 68% der betroffenen Personen Kinder sind und weitere 30% Frauen. Ihre Forderung ist klar: „Zugänge für Familien sollten nicht verschlossen werden, während Integrationsbestrebungen gefordert werden.“ Diese rechtlich fragwürdige Entscheidung fällt in eine Zeit, in der die Zahlen des Familiennachzugs bereits rückläufig sind, was die Zynik dieser Politik noch verstärkt, so Pühringer. Diese Meinung wird durch diverse Experten gestützt, die die Maßnahme als menschenrechtlich nicht haltbar einstufen. Besonders bedauerlich für Pühringer ist die Unterstützung für diese Politik durch die SPÖ, die sie als „Nebelgranate“ bezeichnet.

Familiennachzug in Deutschland: Rückgang der Visa

In Deutschland zeigt sich ein ähnlicher Trend: Wie die **Süddeutsche Zeitung** berichtet, wurden im Jahr 2024 weniger Visa für den Familiennachzug ausgestellt als im Vorjahr.

Insgesamt erhielten etwa 115.000 Menschen die Erlaubnis, zu ihren Angehörigen nach Deutschland zu ziehen, was einem leichten Rückgang im Vergleich zu 131.000 im Jahr 2023 entspricht. Die Mehrheit dieser Visa ging nicht an Angehörige von Flüchtlingen, sondern an Familienmitglieder von Personen, die regulär in Deutschland leben. Die Ergebnisse belegen, dass nur ein kleiner Teil des Familiennachzugs mit Fluchtmigration verbunden ist, was die politische Debatte um den Familiennachzug weiter anheizt.

Besonders kritisch wird die Situation für geflüchtete Familienkinder wahrgenommen, deren Liebsten aufgrund bürokratischer Hürden nicht nachziehen dürfen. Pühringer betont, dass viele Kinder und deren Mütter aufgrund dieser restriktiven Politik getrennt werden. Darüber hinaus sind die Wartezeiten für Visatermine verlängert worden, was die Spannungen zwischen den politischen Positionen der Parteien weiter verstärkt. Die Debatte um den Familiennachzug bleibt also ein heikles und kontroverses Thema, betroffen sind vor allem die Schwächsten in der Gesellschaft.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• **www.ots.at** • **www.sueddeutsche.de**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at